



öffentlich

Betreff:

Konzessionsverträge Strom der Landeshauptstadt Potsdam

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 11.10.2010

Eingang 902:

| Beratungsfolge: | | Empfehlung | Entscheidung |
|-------------------|--|------------|--------------|
| Datum der Sitzung | Gremium | | |
| 03.11.2010 | Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam | | X |

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, vor Verlängerung oder Neuvergabe, der jeweils auslaufenden Konzessionsverträge für die Stromversorgung der Landeshauptstadt Potsdam beiliegenden und mit Rechtsgutachten gesicherten Musterkonzessionsvertrag zu prüfen. Die Prüfung soll auch Handlungsoptionen einer Netzübernahme durch die EWP sowie eine Kooperation der EWP mit anderen Netzbetreibern umfassen.

Die EWP erstattet der Stadt jährlich zusammen mit der Jahresendabrechnung über die Konzessionsabgaben Bericht.

Gez. Nils Naber
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

| | | | | |
|---|--|--|------|------------|
| <input type="checkbox"/> einstimmig | <input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit | Ja | Nein | Enthaltung |
| <input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag | | <input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt | | |
| <input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.: | | | | |
| <input type="checkbox"/> zurückgestellt | | <input type="checkbox"/> zurückgezogen | | |

| |
|------------------------------|
| überwiesen in den Ausschuss: |
| Wiedervorlage: |

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die von der Landeshauptstadt Potsdam vergebenen Wegerechte für die Verlegung und den Betrieb von Stromversorgungsleitungen im Stadtgebiet sind Gegenstand der sogenannten Konzessionsverträge zwischen Netzbetreiber und der Stadt. Diese Verträge dürfen eine Laufzeit von max. 20 Jahren nicht überschreiten. Dem Neuabschluss eines solchen Konzessionsvertrages ist eine öffentliche Bekanntmachung der Beendigung des laufenden Vertrages im (elektronischen) Bundesanzeiger vorzuschalten. Gegenwärtig sind eine ganze Reihe solcher Bekanntmachungen nach § 46 Abs. 3 Energie Wirtschaftsgesetz (EnWG) im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht. Die Bekanntmachung gemäß EnWG ist mit einer Aufforderung zur Bewerbung für eine Verlängerung bzw. eines Neuabschlusses des Konzessionsvertrages verbunden. Damit besteht die Möglichkeit, Abschlüsse im Sinne des Musterkonzessionsvertrages zu schließen.

Anlage: Musterkonzessionsvertrag ist im RIS hinterlegt



öffentlich

Betreff:

Konzeption zur Entwicklung des ländlichen Raumes

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 19.10.2010

Eingang 902:

| Beratungsfolge: | | Empfehlung | Entscheidung |
|-------------------|--|------------|--------------|
| Datum der Sitzung | Gremium | | |
| 03.11.2010 | Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam | | |

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, eine Konzeption zur langfristigen Entwicklung des ländlichen Raumes in der Landeshauptstadt Potsdam zu erarbeiten. Dabei sind die Ortsbeiräte einzubeziehen.
Die Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung im Mai 2011 über den Stand zu informieren.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

| | | | | |
|---|---|--|------|------------|
| <input type="checkbox"/> einstimmig | <input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit | Ja | Nein | Enthaltung |
| <input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag | <input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.: | <input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt | | |
| <input type="checkbox"/> zurückgestellt | <input type="checkbox"/> zurückgezogen | | | |

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Potsdam ist die Landeshauptstadt mit der größten landwirtschaftlichen Nutzfläche. Daraus ergeben sich Verpflichtungen und Chancen. Der Anspruch sollte darin bestehen, diese Besonderheit als Chance und Vorteil zu entwickeln. Deshalb sollte, anknüpfend an das MILAN-Projekt, eine Konzeption zur langfristigen Entwicklung des ländlichen Raumes in Potsdam erarbeitet werden. Das kann nur gemeinsam mit den Ortsbeiräten geschehen.



öffentlich

Betreff:

Munitionsfreiheit auf Schul-, Kita-, Jugendfreizeit-, Senioreneinrichtungen sowie Sport-, Bolz- und Spielplätzen

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 11.05.2011

Eingang 902:

| Beratungsfolge: | | Empfehlung | Entscheidung |
|-------------------|--|------------|--------------|
| Datum der Sitzung | Gremium | | |
| 01.06.2011 | Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam | | X |

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Aus gegebenen Anlass wird der Oberbürgermeister beauftragt, einen adressengenaue Prioritätenplan mit Angaben der Kosten für die Herstellung der Munitionsfreiheit sämtlicher o. g., in städtischem Besitz befindlichen Grundstücke bis zum 31.12. 2011 der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

gez. Saskia Hüneke
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

| | | | | |
|---|--|--|------|------------|
| <input type="checkbox"/> einstimmig | <input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit | Ja | Nein | Enthaltung |
| <input type="checkbox"/> erledigt | | <input type="checkbox"/> abgelehnt | | |
| <input type="checkbox"/> zurückgestellt | | <input type="checkbox"/> zurückgezogen | | |

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Beantwortung der DS 11/SVV/0293 ist unzureichend. Aus der Antwort kann trotz konkreter Nachfrage nicht entnommen werden, auf wie vielen Potsdamer öffentlichen Grundstücken eine Gefährdung durch Weltkriegsmunition und Bomben noch besteht. Mit der o.g. ersten Maßnahmen soll sichergestellt werden, dass in überschaubarer Zeit Potsdamerinnen und Potsdamer nicht mehr weiter durch Munition aus dem Weltkrieg gefährdet werden.



Betreff:

öffentlich

Stellplatzsatzung der Landeshauptstadt Potsdam

Einreicher: FB Stadtplanung und Bauordnung

Erstellungsdatum 16.05.2011

Eingang 902: 16.05.2011

4/46/461

| Beratungsfolge: | | Empfehlung | Entscheidung |
|-------------------|--|------------|--------------|
| Datum der Sitzung | Gremium | | |
| 01.06.2011 | Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam | | |

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Abwägung zu den eingegangenen Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit und den Trägern öffentlicher Belange wird gebilligt.
2. Die Stellplatzsatzung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 1) für die Landeshauptstadt Potsdam beschlossen.

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

| | | | | |
|---|--|--|------|------------|
| <input type="checkbox"/> einstimmig | <input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit | Ja | Nein | Enthaltung |
| <input type="checkbox"/> erledigt | | <input type="checkbox"/> abgelehnt | | |
| <input type="checkbox"/> zurückgestellt | | <input type="checkbox"/> zurückgezogen | | |

| |
|------------------------------|
| überwiesen in den Ausschuss: |
| Wiedervorlage: |

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Begründung:

Mit dem Beschluss 09/SVV/1042 ist die Stadtverwaltung beauftragt worden die Stellplatzsatzung abzuschaffen, oder deren Regelungsgegenstände zu reduzieren.

In den Monaten August bis Oktober 2010 wurden Ziele und Möglichkeiten der Neufassung einer Stellplatzsatzung im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen ausführlich erörtert.

Als Ziele der Reduzierung der Regelungen einer städtischen Stellplatzsatzung wurden gesetzt:

- Erleichterung des Aufwandes und der Antragstellung für Bauherren
- Reduzierung des Verwaltungsaufwandes
- Unterstützung von preiswerterem Bauen
- Beitrag zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs in der Stadt.

In der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen am 24.08.2010 wurden 12 wesentliche Änderungsvorschläge als Grundlage für eine Neufassung der Stellplatzsatzung erörtert. Es wurde weiter bestimmt, dass die Gremien erst nach der Beteiligung der Öffentlichkeit mit einem dann abgeschlossenen Entwurf befasst werden.

Dieser liegt jetzt vor und wird zusammen mit einem Abwägungsvorschlag zur Billigung bzw. Beschlussfassung empfohlen.

Anlagen

Anlage 1: Satzungstext und Anlagen zur Satzung

Anlage 2: Begründung zur Satzung

Anlage 3: Abwägung der Stellungnahmen

Anlage 4: Synopse



Betreff:
Katastrophenplanung Atomreaktor Helmholtz-Zentrum

öffentlich

bezüglich
DS Nr.: 11/SVV/0258

| | | |
|--------------------------|------------------|------------|
| Einreicher: FB Feuerwehr | Erstellungsdatum | 26.05.2011 |
| | Eingang 902: | 26.05.2011 |

| | |
|-------------------|--|
| Beratungsfolge: | |
| Datum der Sitzung | Gremium |
| 01.06.2011 | Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam |

Inhalt der Mitteilung: Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Die Senatsverwaltung Berlin, als zuständige Behörde und der Betreiber die „Helmholtz-Zentrum Berlin GmbH“ haben einen detaillierten Katstrophenschutzplan für die Umgebung des Forschungsreaktors aufgestellt und diesen mit den betroffenen Nachbarregionen abgestimmt.

Die betroffenen Kommunen können sich jederzeit mit Änderungen oder Ergänzungen in die Gestaltung des Planes einbringen. Das in Berlin und den betroffenen Kommunen insgesamt vorgehaltene Abwehrpotential wird in einem Ereignisfall komplett zur Bekämpfung des dann konkret betroffenen Gebietes eingesetzt.

Für die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) ist federführend der Fachbereich Feuerwehr beteiligt. Zur Umsetzung der vorgesehenen Maßnahmen wurde ein eigener Sondereinsatzplan „Kerntechnischer Unfall“; spezielle Handakten für den Stab für außergewöhnliche Ereignisse („Stab SAE“) sowie ein Evakuierungsplan von Stadtteilen der Landeshauptstadt erarbeitet und mit der Senatsverwaltung Berlin abgestimmt.

In die Erarbeitung der erforderlichen Maßnahmen sind insbesondere der Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt, der Fachbereich Ordnung und Sicherheit und der Bereich Marketing / Kommunikation mit einbezogen.

Fortsetzung der Mitteilung Seite 3

Beratungsergebnis

Zur Kenntnis genommen:

Gremium: Sitzung am:

zurückgestellt zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Fortsetzung der Mitteilung:

Durch die Senatsverwaltung, den Betreiber und die Berliner Feuerwehr werden jährlich mit den betroffenen Behörden Fortbildungen und Übungen durchgeführt. Hieran sind die entsprechenden Vertreter der Verwaltung der LHP beteiligt.

Durch den Fachbereich Feuerwehr werden mit den für die Abwehr eines Reaktorereignisses **vorgesehenen** Einsatzkräften der Feuerwehr, einschließlich der Freiwilligen Feuerwehren, des Rettungsdienstes und des Katastrophenschutzes, sowie den zuständigen und vorgesehenen Mitarbeitern der Verwaltung Schulungen und Übungen durchgeführt.

Aufgrund einer wissenschaftlichen und behördlichen Gefahreinschätzung und auf der Grundlage gesetzlicher Vorgaben werden insbesondere die in einem 4000 m – Radius um den Forschungsreaktor befindlichen Bewohner regelmäßige zu den Gefährdungen über geeignete Medien informiert. Im Abstand von 5 Jahren wird in Potsdam für alle interessierten Bürger eine Informationsveranstaltung durchgeführt. Die letzte derartige Veranstaltung fand 2009 im Rathaus Babelsberg statt. Dieser Termin wurde rechtzeitig über die Tagespresse und andere Medien angekündigt. In Vorbereitung des Termins wurde eine überarbeitete Fassung der o.g. Informationsbroschüre an die Haushalte im vorgesehenen Evakuierungsradius (2.500 m) ausgeliefert. Auch die Stadtverordnetenversammlung der LHP hat sich aufgrund von Anfragen unter Hinzuziehung der Fachleute aus Berlin über die Sicherheitsvorkehrungen des Senats und der LHP im Hauptausschuss informieren lassen.

Ein Auskunftsdokument des Katastrophenschutzplanes liegt im Fachbereich Feuerwehr für jedermann zur Einsicht bereit.

Auf Grund der Ereignisse in Japan wurden, die Öffentlichkeitsarbeit seitens der Senatsverwaltung und des Betreibers erheblich verstärkt; es gab u.a. umfangreiche Veröffentlichungen, Presse- und Bürgerforen, sowie ein überarbeiteter und erweiterter Internetauftritt.

Der Forschungsreaktor wird einer Untersuchung hinsichtlich von Gefahren, die durch äußere Einflüsse verursacht werden können (Stresstest), unterzogen. Nach Auskunft der zuständigen Senatsbehörde wird mit einem Ergebnis der gegenwärtig laufenden Untersuchungen voraussichtlich im August 2011 zu rechnen sein

Ein Vertreter der Senatsverwaltung und der Geschäftsführer des „Helmholtz-Zentrum Berlin GmbH“ nahmen am 14.04.2011 am Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung teil und beantworteten interessierende Fragen der Ausschussmitglieder zum Thema.

Gegenwärtig wird auf der Grundlage neuester Erkenntnisse der Betrieb des Forschungsreaktors überprüft und die relevanten Sicherheitsdokumente überarbeitet,

In diesem Zusammenhang wird dann auch der Katastrophenschutzplan für die Umgebung des Forschungsreaktors, sowie die daraus abgeleiteten Dokumente und Maßnahmepläne für die Landeshauptstadt Potsdam aktualisiert.

Im Bürgerservice stehen die Informationsbroschüren für die Umgebung des Forschungsreaktors des Helmholtz-Zentrums zur Verfügung.